

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1982

Die Lage der Weltwirtschaft	229
Die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik Deutschland	236

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 18 / 82

Berlin

6. Mai 1982

49. Jahrgang

Stajlich

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1982

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Hamburg am 30. April 1982

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

In den westlichen Industrieländern blieben Nachfrage und Produktion bis ins Frühjahr 1982 hinein gedrückt: In Westeuropa herrscht weiterhin Stagnation, und selbst in Japan ist der Produktionsanstieg zum Stillstand gekommen; die USA befinden sich sogar in einer Rezession. Kapazitätsauslastung und Beschäftigung gingen zum Teil beschleunigt zurück,

und die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit stieg in fast allen Industrieländern weiter, zumal die Erwerbsbevölkerung zumeist wächst. Zu Beginn des Jahres 1982 hatten saisonbereinigt sowohl in Westeuropa als auch in Nordamerika rd. 9vH der Erwerbspersonen keinen Arbeitsplatz.

Bei der Eindämmung des Preis- und Kostenauftriebs wurden weltweit Erfolge deutlich. Besonders

**Reales Bruttosozialprodukt und Verbraucherpreise
in den wichtigsten Industrieländern¹⁾**

Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr

	Gewicht in vH	Sozial- produkt		Ver- braucher- preise	
		1981	1982	1981	1982
Bundesrepublik					
Deutschland	11,7	-0,3	0,5	5,9	4,5
Frankreich	9,3	0,3	2,0	13,4	13,0
Großbritannien	7,5	-2,0	1,0	11,9	9,0
Italien	5,6	-0,2	1,0	17,8	16,0
Niederlande	2,4	-1,0	0,5	6,7	5,5
Schweden	1,8	-0,9	0,5	12,1	9,5
Belgien	1,7	-1,3	0,5	7,6	7,0
Schweiz	1,5	2,0	-0,5	6,5	4,0
Österreich	1,1	0,1	1,5	6,8	5,5
Dänemark	1,0	-1,0	1,5	11,7	10,0
Norwegen	0,8	0,7	0,0	13,6	11,0
Westeuropa ²⁾	44,4	-0,5	1,0	10,7	9,1
USA	37,1	2,0	-1,0	10,3	6,5
Kanada	3,6	3,0	0,0	12,4	10,0
Japan	14,9	2,9	2,5	4,9	4,0
Insgesamt ²⁾	100,0	1,1	0,4	9,7	7,4

¹⁾ Gemeinsame Schätzung von DIW Berlin, HWWA Hamburg, IFO München, RWI Essen. Das IfW Kiel vertritt hiervon abweichende Schätzungen; siehe S. 235.

²⁾ Summe der aufgeführten Länder, Gewichtung gemäß Bruttosozialprodukt zu Preisen und Wechselkursen von 1980.

ausgeprägt war der Rückgang der Ölpreise. Dies und die Verringerung der Nachfrage nach Öl haben maßgeblich zur weiteren Abnahme der Leistungsbilanzdefizite in den Industrieländern beigetragen.

Im Herbst wurden die geldpolitischen Restriktionen zwar in den USA und im Gefolge davon auch in vielen anderen Ländern etwas gelockert. Der damit eingeleitete Zinssenkungsprozeß geriet indes um die Jahreswende wieder ins Stocken, als sich die monetäre Expansion in den USA so sehr verstärkte, daß erneute Bremsmaßnahmen befürchtet wurden, zumal sich ein überaus rascher Anstieg der Haushaltsdefizite abzeichnete. Die anderen Volkswirtschaften gerieten wieder in den Sog der von den USA ausgehenden Zinssteigerungstendenzen und ihre Währungen gegenüber dem Dollar unter Druck.

Die Unsicherheit über die von den USA ausgehenden Zins- und Wechselkurseinflüsse bleibt auch weiterhin groß. Es spricht allerdings einiges für die Annahme, daß die Ausweitung der Geldmenge dort künftig am oberen Rand des Zieltrichters gehalten wird und sich bei nachlassenden Inflationserwartungen im weiteren Verlauf dieses Jahres wieder eine Zinssenkung durchsetzt. Hierzu wird auch der zu

erwartende Kompromiß bei den Bemühungen beitragen, den Anstieg des Haushaltsdefizits zu bremsen. Dann dürfte sich die gegenwärtig große Differenz zwischen den Nominalzinsen und den niedrigen laufenden Inflationsraten verringern. Die Zinssenkung in den USA wird vermutlich auch in den übrigen Industrieländern zu einer Ermäßigung des Zinsniveaus führen. Dies gilt aber nur eingeschränkt für jene Länder, in denen ungelöste Anpassungs- und Stabilisierungsprobleme Abwertungserwartungen begründen. Auch innerhalb des europäischen Währungssystems (EWS) machen die aufgelaufenen Kosten- und Preisdisparitäten weitere Korrekturen der Wechselkurse wahrscheinlich. Damit würde sich zugleich die Gefahr zusätzlicher Handelsbeschränkungen vermindern.

Die Finanzpolitik wird in den Industrieländern weiterhin von unterschiedlichen Konzepten geprägt sein. In den USA wird sich aus der Steuersenkung zur Jahresmitte – trotz der zu erwartenden Maßnahmen zur Defizitbegrenzung – zunächst ein Nachfrageanstoß ergeben; allerdings dürfte wohl ein relativ großer Teil der Steuerentlastung in die Ersparnis fließen. In Frankreich gerät die auf Nachfrageankurbelung gerichtete Finanzpolitik zunehmend in Konflikt mit den Stabilisierungszielen. In den meisten anderen Ländern wird wegen der hohen Staatsdefizite eine relativ zurückhaltende, Konsolidierung anstrebende Finanzpolitik verfolgt, wenngleich für den weiteren Verlauf dieses Jahres verschiedentlich punktuelle, zumeist bei den Anlageinvestitionen ansetzende Anregungsmaßnahmen vorgesehen sind.

Die Preisrelationen im Außenhandel werden sich tendenziell zugunsten der Industrieländer verschieben. Dies stützt hier die Realeinkommensentwicklung und hilft die Verteilungsprobleme entschärfen. Zugleich wird sich allerdings die Expansion der Nachfrage aus Erdölexportländern abschwächen. Von seiten der übrigen Entwicklungs- und der Staatshandelsländer ist kaum mit Anregungen zu rechnen. Der Konjunkturverlauf wird also mehr als bisher von der Nachfrage der Industrieländer bestimmt werden. Außenwirtschaftliche Impulse werden dabei insbesondere diejenigen Länder empfangen, deren Wettbewerbsposition sich in der Phase der starken Dollaraufwertung seit dem Herbst 1980 merklich verbessert hat.

Alles in allem sind die Voraussetzungen dafür günstiger geworden, daß der Rückgang der Nachfrage in den Industrieländern nunmehr ausläuft

und eine allmähliche Belebung folgt¹. Impulse werden dabei nach der Phase ausgeprägten Lagerabbaus insbesondere von den Lagerdispositionen ausgehen. Der private Verbrauch wird in einer Reihe von Ländern ebenfalls wieder leicht zunehmen. Er wird nicht zuletzt dadurch gestützt werden, daß die inflationsbedingte Kaufkraftminderung nachläßt; dem stehen allerdings ein weiterer Beschäftigungsrückgang und geringere Lohnerhöhungen gegenüber. Bei den sich verbessernden Terms of Trade geht die Beruhigung des Preisauftriebs nicht zu Lasten der Unternehmensgewinne. Um so eher kann bei sinkenden Zinsen und niedrigeren Lohnabschlüssen mit einer allmählichen Zunahme der Investitionsneigung im Unternehmensbereich gerechnet werden, zumal die strukturelle Anpassung, vor allem an die Energieverteuerung, weiterhin dringlich ist.

Die Produktion wird sich im weiteren Jahresverlauf nur allmählich beleben; lediglich in den USA ist aufgrund der Steuersenkung zur Jahresmitte ein merklicher Nachfrage- und Produktionsanstieg zu erwarten. Für den Durchschnitt des Jahres 1982 zeichnet sich in den Industrieländern, im dritten Jahr hintereinander, ein nur geringfügiger Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts ab. Die Arbeitslosigkeit wird daher in den meisten Ländern das ganze Jahr hindurch weiter steigen. Bei der Eindämmung der Inflation und dem Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte werden indes deutliche Fortschritte erzielt werden.

Vor allem infolge der Zuspitzung der Beschäftigungsprobleme verstärken sich in den Industrieländern seit einiger Zeit protektionistische Bestrebungen, und zwar sowohl in bezug auf den Warenaustausch untereinander als auch auf die Importe aus Entwicklungsländern. Offensichtlich verstellt die durch Einfuhrbeschränkungen erreichbare kurzfristige Stützung von Absatz und Beschäftigung in einzelnen Branchen den Blick für die damit einhergehende Verschlechterung der Situation in anderen Bereichen; namentlich über Realeinkommenseinbußen der Verbraucher und über die Dämpfung der Ausfuhr aufgrund von Vergeltungsmaßnahmen der betroffenen Handelspartner. Zwar hält nicht zuletzt die Furcht vor der Auslösung handelspolitischer Konflikte die protektionistischen Eingriffe bisher in Grenzen, so daß die quantitativen Auswirkungen auf die Entwicklung des Welthandels von Jahr zu Jahr erst gering ins Gewicht fallen. Aber die Gefahr nimmt deutlich zu, daß es zu einer Verschlechterung der — in der Nachkriegszeit von fortschreitender Liberalisierung geprägten — weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen kommt, die eine Überwindung

der Wachstumsschwäche in den Industrieländern nachhaltig erschwert.

USA: Konjunkturbesserung im späteren Jahresverlauf

In den USA geriet die Wirtschaft im Winterhalbjahr in eine ausgeprägte Rezession; die Erhöhung des realen Bruttosozialprodukts um noch 2 vH im Jahresdurchschnitt 1981 spiegelt lediglich die kräftige Expansion bis zu Beginn des vergangenen Jahres wider. Industrieproduktion und Kapazitätsauslastung gingen nicht weniger stark zurück als während des Konjunkturerinbruchs im ersten Halbjahr 1980. Die Arbeitslosenquote erreichte saisonbereinigt 9 vH, bei weiter steigender Tendenz.

Wesentliche Ursache für die Schwäche der Endnachfrage seit dem Frühjahr 1981 war die scharfe geldpolitische Restriktion. Da die Unternehmen diese Nachfrageentwicklung offenbar nicht erwartet hatten und die Produktion erst mit Verzögerung anpaßten, kam es im weiteren Jahresverlauf zu einer kräftigen Zunahme der Lagerbestände. Die Bemühungen, diese wieder zu verringern, verstärkten den Produktionsrückgang während des Winterhalbjahrs. Darüber hinaus kam es zunächst auch nicht zu dem von der Einkommensteuersenkung im Oktober erhofften Anstoß für den privaten Verbrauch, und die Abnahme der privaten Anlageinvestitionen setzte sich fort. Der Rückgang der Auslandsnachfrage beschleunigte sich noch.

Die starke Aufwertung des Dollars in den letzten anderthalb Jahren verringerte die Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Anbieter beträchtlich. Dies führte nicht nur zu dem starken Rückgang der Exporte, sondern auch zu einem Anstieg der Einfuhr trotz Rezession. Das Handelsbilanzdefizit stieg daher im vergangenen Jahr an, obgleich sich die Terms of Trade verbesserten. Die Leistungsbilanz wies 1981 aufgrund kräftig zunehmender Netto-Kapitalerträge einen gegenüber dem Vorjahr erhöhten Überschuß von 6 1/2 Mrd. \$ auf (1980: 3,7 Mrd. \$).

Sehr deutliche Fortschritte gab es bei der Eindämmung des Preisauftriebs. Nachdem sich der Anstieg der Erzeugerpreise schon seit dem Frühjahr letzten Jahres abgeflacht hatte, beruhigten sich seit dem vergangenen Herbst die Preise auch auf der Verbraucherstufe. Im März war die Teuerungsrate im Vorjahresvergleich mit 6,8 vH bereits erheblich niedriger als im Jahresdurchschnitt von 1981 (10,3 vH).

¹ Das Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel, vertritt hierzu eine abweichende Meinung; vgl. S. 235.

Auch der Lohnanstieg hat sich seit Mitte 1981 unter dem Einfluß der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage verlangsamt.

Bedingt durch die Rezession, aber auch durch Steuersenkungen und stark wachsende Verteidigungsausgaben wird das Defizit im Bundeshaushalt wohl beträchtlich steigen. Die Erwartung anhaltend hoher Staatsdefizite verunsichert die Geld- und Kapitalmärkte erheblich. Der Zinsrückgang, der im Spätsommer 1981 eingesetzt hatte, kam Ende letzten Jahres wieder ins Stocken. Dazu hat auch die unstetige Geldmengenentwicklung beigetragen. So ist die Geldmenge um die Jahreswende deutlich stärker gestiegen, als es der Zielgröße entsprach; dies führte zu Befürchtungen, daß die Geldpolitik wieder restriktiver würde.

Die Unsicherheit über den künftigen finanzpolitischen Kurs sowie das bislang hohe Zinsniveau dürften zunächst noch die Wirtschaftsentwicklung beeinträchtigen und zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit führen. Allerdings besteht die Aussicht, daß sich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in der nächsten Zeit zumindest tendenziell verbessern. Der zu erwartende Kompromiß bei den Haushaltsberatungen zwischen Kongreß und Regierung wird dazu führen, daß die Haushaltsdefizite nicht so hoch wie befürchtet steigen. Einige Anzeichen sprechen dafür, daß die Ausweitung der Geldmenge am oberen Rand des Zielkorridors gehalten wird. Unter diesen Umständen ist angesichts der Preisberuhigung ein nochmaliger Zinsrückgang wahrscheinlich. Um so eher werden sich mit der für Jahresmitte beschlossenen umfangreichen Einkommensteuersenkung die Bedingungen für eine konjunkturelle Erholung im zweiten Halbjahr verbessern.

Unter diesen Bedingungen ist eine Belebung der Nachfrage in erster Linie vom privaten Verbrauch zu erwarten, der von der spürbaren Zunahme der verfügbaren Realeinkommen angeregt werden dürfte. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen wird dagegen aufgrund der ungünstigen Ertragslage zunächst noch gedrückt bleiben. Die Wohnungsbauinvestitionen könnten indes im weiteren Verlauf des Jahres wieder zunehmen. Von den Staatsausgaben und der Auslandsnachfrage sind kaum Impulse zu erwarten. Insgesamt wird sich die Produktion, begünstigt vom Auslaufen des Lagerabbaus, nach der Jahresmitte spürbar beleben; dennoch wird das reale Bruttosozialprodukt im Jahre 1982 um 1 vH niedriger als 1981 sein. Angesichts der sich abzeichnenden Lohnmäßigung dürfte der Kostendruck weiter nachlassen. Der Anstieg der Verbraucherpreise

dürfte sich im Jahresdurchschnitt auf etwa 6 1/2 vH verringern, nach reichlich 10 vH 1981.

Japan: Überwindung der Konjunkturschwäche zu erwarten

In Japan steigt das Sozialprodukt seit dem Herbst nicht mehr. Die Ausfuhr sank, teilweise infolge freiwilliger Exportbeschränkungen, und die Inlandsnachfrage expandierte nur geringfügig. Der Wohnungsbau schrumpfte, und auch die öffentlichen Investitionen gingen zurück, nachdem sie zuvor forciert worden waren. Demgegenüber nahmen privater Verbrauch und gewerbliche Investitionen etwas zu. Bei dem Rückgang der Ausfuhr, einem Anstieg der Einfuhr und nahezu unveränderten Terms of Trade wurde der Leistungsbilanzüberschuß seit dem Herbst wieder geringer. Der Preisanstieg hat sich sowohl auf der Erzeuger- als auch auf der Verbraucherstufe stark abgeschwächt.

Nachdem die Geldpolitik schon im letzten Jahr erheblich gelockert worden war, zeichnet sich nunmehr auch der Übergang zu einer expansiveren Finanzpolitik ab. So sollen die für öffentliche Investitionen vorgesehenen Mittel merklich aufgestockt werden. Auch der private Verbrauch wird voraussichtlich etwas rascher steigen als im Vorjahr. Die Zunahme der privaten Investitionen dürfte sich im späteren Verlauf dieses Jahres verstärken, zumal auch eine Belebung der Auslandsnachfrage zu erwarten ist. Hierzu werden die konjunkturelle Besserung im Ausland und die stark erhöhte Wettbewerbsfähigkeit japanischer Produkte als Folge der neuerlichen Yen-Abwertung beitragen. Trotz der erwarteten Zunahme im Jahresverlauf wird der Anstieg des Sozialprodukts im Jahre 1982 voraussichtlich nur etwa 2,5 vH betragen, nach 2,9 vH im Vorjahr. Der Preisanstieg wird sich wohl, nicht zuletzt infolge der Abwertung des Yen, im weiteren Jahresverlauf wieder etwas verstärken; aufgrund des geringen Überhangs wird indes die Teuerungsrate im Jahresdurchschnitt nur 4 vH (1981: 4,9 vH) betragen.

Westeuropa: Nachfragebelebung in Sicht

In den meisten Ländern Westeuropas hielt die Stagnation von Nachfrage und Produktion im Winterhalbjahr 1981/82 an; die Arbeitslosigkeit nahm deutlich zu. Die inländische Endnachfrage ging noch zurück, der Lagerabbau hat sich wohl fast überall verlangsamt. Die Ausfuhren stiegen weiter. Da die Einfuhr zugleich annähernd stagnierte und die Terms of Trade sich leicht verbesserten, hielt die Aktivierung der Leistungsbilanzen an. Unter dem

Einfluß der Zinsentwicklung in den USA machte der Zinsabbau nur langsam Fortschritte. Der Preisauftrieb hat in den meisten Ländern zuletzt nachgelassen.

Die gewerblichen Anlageinvestitionen nahmen zumeist noch ab, da die Absatzerwartungen gedrückt blieben und die Ertragslage weiterhin schlecht war. Auch wurde die Investitionstätigkeit durch das anhaltend hohe Zinsniveau beeinträchtigt; dies gilt vor allem für die Bauinvestitionen. Nur in wenigen Ländern, so in Frankreich, Italien und den Niederlanden, wurde der Rückgang durch staatliche Wohnbauprogramme gebremst.

Der private Verbrauch tendiert in den meisten Ländern zur Schwäche. Selbst in Frankreich hat die im vergangenen Sommer zu beobachtende Expansion der Verbrauchsnachfrage an Kraft verloren. In den meisten Ländern schwächte sich die Zunahme der verfügbaren Einkommen deutlich ab; real dürften sie zumeist gesunken sein. Umfrageergebnissen zufolge hat sich die Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunft durch die Verbraucher zuletzt indes nicht mehr verschlechtert, nachdem die Stimmung seit Mitte 1979 laufend pessimistischer geworden war.

Die realen Ausfuhren der westeuropäischen Länder sind weiter, wenn auch verlangsamt gestiegen, vor allem die in die Erdölländer. Die Exporte in die anderen Entwicklungsländer und nach Nordamerika erhöhten sich kaum noch, und die Lieferungen in die Staatshandelsländer dürften eher abgenommen haben. Bei stagnierender Einfuhr — dazu trugen nicht zuletzt die Einsparung und die Substitution von Erdöl bei — und leicht erhöhten Terms of Trade kam es in den meisten Ländern zu einer Verbesserung der Leistungsbilanz. Verschlechtert hat sie sich vor allem in Frankreich, wo die Inlandsnachfrage forciert wurde und die Wettbewerbsfähigkeit abnahm. In Italien stieg das Defizit in der Leistungsbilanz nach der Aufhebung des Importdepots vorübergehend kräftig an. Obwohl sich die außenwirtschaftliche Lage in zahlreichen Ländern verbessert hat, haben sich die protektionistischen Tendenzen vielfach unter dem Einfluß der verschlechterten Situation auf dem Arbeitsmarkt verstärkt.

Die Arbeitsmarktlage hat sich weiter verschlechtert: Die Zahl der Beschäftigten nahm ab, und die Kurzarbeit stieg weiter. Der Anstieg der zumeist schon hohen Arbeitslosigkeit setzte sich auch deshalb fast überall fort, weil sich das Erwerbspersonenpotential aus demographischen Gründen weiter erhöhte. In Österreich und Schweden, wo die Erwerbslosenzahl mit Hilfe beschäftigungspolitischer

Eingriffe lange Zeit auf einem im internationalen Vergleich sehr niedrigen Niveau gehalten werden konnte, kam es ebenfalls zu einem kräftigen Anstieg.

Der Preisauftrieb hat sich seit der Jahreswende in den meisten Ländern merklich verlangsamt; die wichtigste Ausnahme bildet Frankreich. Nachdem im letzten Jahr die starke Abwertung der europäischen Währungen gegenüber dem Dollar die Preisberuhigung verzögert hatte, zeigen sich nunmehr die Wirkungen der seit 1979 weltweit betriebenen Stabilisierungspolitik; die konjunkturell reagiblen Preise für Rohstoffe und insbesondere Rohöl gingen auf den Weltmärkten merklich zurück. Diese Verbilligung wurde auch in Westeuropa trotz der anhaltenden Schwäche der europäischen Währungen gegenüber dem Dollar deutlich spürbar. Vielfach hat zudem der Anstieg der Nahrungsmittelpreise nachgelassen. In Frankreich und Italien, wo die Teuerungsraten noch sehr hoch sind, aber auch in Belgien und Luxemburg wurde wieder zu Preiskontrollen gegriffen. Die anhaltenden Stabilisierungsbemühungen und die hohe Arbeitslosigkeit führten in mehreren Ländern zu einer Verlangsamung des Lohnauftriebs.

Einer Konjunkturbelebung stand weiterhin nicht zuletzt das hohe Zinsniveau entgegen, das wiederum erheblich durch die Zinsentwicklung in den USA bedingt war. Mit dem erneuten Anstieg der amerikanischen Zinsen um die Jahreswende 1981/82 ging abermals eine Abwertung der EWS-Währungen gegenüber dem Dollar einher. Aber auch innerhalb des EWS wurden die Währungsrelationen im Februar erneut verändert, nachdem erst im Oktober 1981 eine Wechselkursanpassung stattgefunden hatte. Der aufgrund der innereuropäischen Kosten- und Preisdivergenzen und der in Frankreich betriebenen expansiven Politik nach wie vor wachsende Anpassungsbedarf kam zuletzt in wieder zunehmenden Spannungen zum Ausdruck. Der französische und belgische Franc sowie die italienische Lira wurden gestützt, als sich die außenwirtschaftliche Lage dieser Länder deutlich verschlechterte. Zwar wurde durch die Zinsanhebungen in Frankreich und die erneut verschärfte Devisenbewirtschaftung in Italien eine Abwertung dieser Währungen zunächst vermieden, eine Korrektur der Leitkurse im Sommerhalbjahr ist jedoch wahrscheinlich.

Bei dem zu erwartenden tendenziellen Rückgang der Zinsen in den USA dürften die Notenbanken in Westeuropa Spielraum für eine Lockerung der monetären Restriktionen sehen. Dies gilt insbesondere für die Länder, die bei der Inflationseindämmung und dem Abbau der Leistungsbilanzdefizite

merkliche Fortschritte erzielen. In der Finanzpolitik überwiegen die Konsolidierungsbemühungen, auch wenn verschiedentlich Maßnahmen zur Stützung der Investitionstätigkeit ergriffen wurden.

Unter den genannten Umständen dürften sich Nachfrage und Produktion, nicht zuletzt aufgrund eines Wandels in den Lagerdispositionen, im weiteren Jahresverlauf allmählich beleben. Die Verbesserung der Terms of Trade, nachgebende Zinsen und niedrigere Lohnabschlüsse werden vermutlich die Investitionsneigung nach und nach stärken. Der Spielraum für einen Anstieg des privaten Verbrauchs wird bei fortschreitender Stabilisierung des Preisniveaus größer werden und die Sparneigung bei sinkenden Zinsen und einer tendenziellen Verbesserung des Konjunkturklimas wohl abnehmen; freilich werden der zunächst noch anhaltende Rückgang der Beschäftigung und die niedrigeren Lohnsteigerungen den Anstieg des Verbrauchs hemmen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte in Westeuropa in diesem Jahr um annähernd 1 vH höher sein als im letzten, der Preisanstieg — bei nach wie vor großen Unterschieden von Land zu Land — mit durchschnittlich rd. 9 vH jedoch niedriger ausfallen.

Welthandel wird wieder steigen

Das Welthandelsvolumen ist 1981 um rd. 1 vH gesunken. Hierzu trug in erster Linie der Rückgang der Importe von Mineralöl in den Industrieländern bei. Demgegenüber nahm der Handel mit Industrieerzeugnissen weiter zu, vor allem weil die Nachfrage der Erdölexportländer stark expandierte. Die Einfuhr der ölimportierenden Entwicklungsländer stieg nur verhalten, während die Staatshandelsländer ihre Bezüge einschränkten. Die Terms of Trade der Industrieländer, die bis zum Sommer 1981 gesunken waren, haben sich seitdem unter dem Einfluß der rückläufigen Ölpreise wieder verbessert.

Das Welthandelsvolumen wird zunächst wohl noch auf dem um die Jahreswende erreichten Niveau verharren. So werden die ölimportierenden Entwicklungsländer und die Staatshandelsländer wegen Zahlungsbilanzschwierigkeiten ihre Einfuhren weiterhin dämpfen müssen. Der Anstieg der Nachfrage von seiten der Ölexportländer wird sich zumindest stark verlangsamen. Die Einfuhr der Industrieländer wird angesichts der anhaltenden Konjunkturschwäche vorerst noch verhalten bleiben. Im Laufe der zweiten Jahreshälfte wird die Nachfragebelebung in den Industrieländern deren Einfuhr anregen, zumal sich die erwartete Umkehr in den Lagerdispositionen im internationalen Warenaustausch besonders stark niederschlägt. Während der Handel

mit Mineralöl auch in diesem Jahr merklich sinken dürfte, ist bei Industriegütern mit einem Anstieg von etwa 4 vH zu rechnen. Insgesamt wird der Welt-handel im Jahre 1982 dem Volumen nach um 1 bis 2 vH zunehmen.

Vor allem aufgrund der weiteren Verringerung der Rohölbezüge und einer tendenziellen Verbesserung der Terms of Trade wird das Leistungsbilanzdefizit der Industrieländer im laufenden Jahr weiter merklich zurückgehen. Dem steht ein drastischer Abbau des Leistungsbilanzüberschusses der Ölexportländer gegenüber. In den ölimportierenden Entwicklungsländern dürften sich die Leistungsbilanzdefizite etwas ermäßigen.

Rohstoffpreise zunächst noch unter Druck

Die Ölpreise haben infolge der weiterhin rückläufigen Nachfrage deutlich nachgegeben. Die staatlichen Verkaufspreise der OPEC-Länder sind gegenwärtig im Durchschnitt mit annähernd 33 US-\$ pro Barrel um rd. 2 \$ niedriger als vor einem Jahr. Auf den Spotmärkten war der Preisrückgang jedoch sehr viel stärker. Zur Stabilisierung des Marktes einigten sich die OPEC-Länder auf ihrer Sonder-sitzung im März darauf, die Förderung auf maximal 18 Mill. Barrel pro Tag zu begrenzen (nach etwa 20 Mill. im ersten Quartal 1982 und 22,5 Mill. im Jahresdurchschnitt 1981). Zuletzt soll die Produktionsmenge sogar auf rd. 16 Mill. zurückgenommen worden sein. Wahrscheinlich wird aber eine Reihe von Erdölexportländern aus Zahlungsbilanzgründen versuchen, den Ölabsatz sobald wie möglich wieder zu erhöhen. Die Ölpreise werden daher zunächst wohl noch unter Druck bleiben.

Zwar werden die Einsparungen und die Substitution von Öl weiter anhalten, doch wird der Verbrauch im späteren Jahresverlauf konjunkturell angeregt werden. Vor allem aber ist damit zu rechnen, daß der kräftige Lagerabbau im Herbst nachläßt; aus diesem Grunde wird die Ölnachfrage der Importländer dann vermutlich wieder spürbar zunehmen. Dies dürfte es den Ölexportländern erlauben, gegenwärtig gewährte Preisnachlässe zu reduzieren. Im Jahresdurchschnitt 1982 wird das Preisniveau für Rohöl den Vorjahrsstand unterschreiten; in Relation zu den Preisen für Industriegüter entspricht dies einem deutlichen Rückgang.

Auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe sind die Preise seit dem vergangenen Herbst weiter gesunken. Der laufende Rohstoffbedarf der Verarbeiter verringerte sich, und auch von den Lagerdispositionen gingen vermutlich kontraktive Impulse aus. Andererseits haben viele Rohstoffherzeuger auf die

anhaltende Nachfrageschwäche mit Produktionskürzungen reagiert. Im Vergleich zum Oktober hat sich das Preisniveau auf Dollarbasis um 4 vH und im Vergleich zum April 1981 um 11 vH ermäßigt.

Angesichts der noch immer ungünstigen konjunkturellen Entwicklung werden die Rohstoffverarbeiter vorerst zurückhaltend disponieren, wenngleich der Lagerabbau wohl allmählich nachlassen wird. Die Notierungen für Industrierohstoffe dürften zunächst insgesamt kaum noch sinken. Die Nachfrage nach Rohstoffen wird sich erst mit der konjunkturellen Besserung in den Industrieländern im zweiten Halbjahr 1982 beleben. Dabei wird sich auch die Vorratshaltung bei den Verarbeitern wieder erhöhen. Doch werden die noch immer hohen Zinsen und das relativ elastische Angebot den Preisauftrieb zunächst in Grenzen halten.

Auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel hat sich das Preisniveau seit dem vergangenen September nicht weiter ermäßigt. Preisrückgängen bei Getreide und Ölsaaten standen Preiserhöhungen bei Kaffee, Kakao und Zucker gegenüber. Im Vorjahresvergleich beträgt der Preisrückgang allerdings im Durchschnitt 20 vH. Angesichts eines im allgemeinen reichlichen Angebots werden die Notierungen in den nächsten Monaten voraussichtlich auf dem gedrückten Niveau verharren. Mit einem Wiederanstieg der Preise ist im zweiten Halbjahr 1982 zu rechnen, da sich die bei einigen Nahrungsmitteln aufgrund der Preisrückgänge eingeleiteten Produktionseinschränkungen, z. B. bei

Getreide und eine wieder lebhaftere Verbrauchszunahme auswirken dürften.

* * *

Das Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel, rechnet anders als die anderen Institute, nicht damit, daß die Produktion in den westeuropäischen Ländern im Durchschnitt des Jahres 1982 höher sein wird als im Jahre 1981. Es ist der Meinung, daß im Verlauf von 1982 nicht nur die privaten Investitionen, sondern in den meisten Ländern auch der private Konsum weiterhin zurückgehen werden. Dies wird damit begründet, daß die Geldpolitik trotz einiger Lockerungsansätze immer noch restriktiv ist. Einige Länder sahen sich in letzter Zeit sogar veranlaßt, erneut Restriktionsmaßnahmen zu ergreifen, um ihre Währungen zu stützen. Die Nominalzinsen — erst recht aber die Realzinsen — sind im Frühjahr 1982 immer noch überaus hoch; der bislang eingetretene Zinsrückgang ist vor allem Ausfluß der abgeschwächten Expansion der Kreditnachfrage. Für den späteren Jahresverlauf sieht auch das IfW Chancen, daß sich die Nachfrage in den westeuropäischen Ländern, nicht zuletzt als Folge des Auslaufens des Lagerabbaus, belebt. Dem steht indes gegenüber, daß dann vermutlich die Lieferungen in die ölproduzierenden Länder, die bislang die wirtschaftliche Aktivität in den Industrieländern stützen, zurückgehen werden; deshalb dürfte die Gesamtnachfrage in Westeuropa bis in das Jahr 1983 hinein gedrückt bleiben.

Die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik hat sich das Bild der wirtschaftlichen Entwicklung auch in den ersten Monaten dieses Jahres nicht aufgehellt: Die Aufträge neigten eher noch nach unten, und die Geschäftserwartungen der Unternehmer sind nach wie vor gedrückt. Das Bruttosozialprodukt nahm nicht zu, der Rückgang der Beschäftigung beschleunigte sich, und die Arbeitslosigkeit steigt noch stärker, als im Herbst befürchtet worden war.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion stagniert seit fast zwei Jahren, und die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich in dieser Zeit um 800 000 auf 1,7 Mill.

Die Gründe für diese hartnäckige Schwäche liegen, wie früher dargelegt, in der starken Verteuerung von Energie und der ungünstigen Entwicklung der Weltwirtschaft sowie im Verhalten der Wirtschaftspolitik und der Tarifparteien², wobei freilich das Verhalten der Wirtschaftspolitik das Verhalten der Tarifparteien mitprägte und umgekehrt.

In den letzten Monaten haben sich zwar die Rahmenbedingungen zum Teil gebessert:

- die Verteuerung von Rohöl und Mineralölzeugnissen wurde von einer Verbilligung abgelöst,
- das Defizit in der Leistungsbilanz der Bundesrepublik schwand,
- die Bundesbank vergrößerte und verbilligte schrittweise ihr Geldangebot.

Bisher prägten aber noch die Nachwirkungen von Schocks und Fehlverhalten die Entwicklung. Die gedrückten Erwartungen der Unternehmer sind jedoch auch ein Hinweis darauf, daß es der Wirtschaftspolitik bisher nicht gelang, Zuversicht auf eine Erholung der wirtschaftlichen Entwicklung zu wecken.

„Operation '82“ ohne eindeutige Richtung

Nachdem der Staat die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen allzu lange hinausgeschoben hatte, versuchte er dies im vergangenen Herbst mit der „Operation '82“ nachzuholen. Mit ihr sollten auch die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung nachhaltig verbessert werden. Die Wirkung der darauf gerichteten Maßnahmen wurde jedoch durch andere aufgehoben: Ein erheblicher Teil der Konsolidierung der Bundesfinanzen geht zu Lasten der Sozialversicherung und anderer öffentlicher Einrich-

tungen, und diese wälzen die ihnen zugeschobenen Belastungen durch Erhöhungen von Beiträgen, Tarifen oder, wie die Gemeinden, auch durch Anhebungen der Gewerbesteuersätze weiter. Außerdem ist ein Teil der Maßnahmen vorläufig, ohne daß Klarheit besteht, wie sie später durch dauerhafte Regelungen ersetzt werden sollen. Auch auf anderen Gebieten sind zahlreiche Probleme ungelöst, die die Entwicklung hemmen, namentlich in der Energiepolitik.

Lockerung der geldpolitischen Bremsen

Als sich das Defizit der Leistungsbilanz verringerte und die Zinsen in den USA nachzugeben begannen, sah die Bundesbank Spielraum, die geldpolitischen Bremsen zu lockern, die sie im Februar 1981 aus Sorge vor einem zu starken Abrutschen des Wechselkurses der D-Mark angezogen hatte. Sie stellte den Kreditinstituten schrittweise reichlicher Geld zur Verfügung, führte auf diese Weise die Zinsen auf dem Geldmarkt zurück und festigte den Rückgang durch wiederholte Senkungen des Sonderlombardsatzes, von 12 % Anfang Oktober auf 9,5 % Mitte März. Zudem ließ sie erkennen, daß sie die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge nicht mehr wie vorher in den unteren, sondern in den oberen Bereich des Zielkorridors lenken wolle, den sie mit 4 bis 7 vH ebenso groß wie für das Jahr 1981 wählte. Diesen Kurs behielt die Bundesbank auch bei, als die Zinsen in den USA um die Jahreswende erneut anzogen und der Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem Dollar wiederum unter Druck geriet.

Auf dem Kapitalmarkt gaben die Zinsen ebenfalls nach. Die Bereitschaft der Wirtschaft, Kredite aufzunehmen, nahm ab und die Neigung, Geld längerfristig anzulegen, zu, da die Inflationsrate deutlich zurückging und dies die Erwartungen auf ein Anhalten der Zinssenkung stärkte. Die Rendite für festverzinsliche Wertpapiere sank von August 1981 bis April 1982 um 2 1/2 Prozentpunkte auf 9 %. Da indes eine weitere Verringerung des Preisanstiegs erwartet wurde, ging der für Investitionsentscheidungen ausschlaggebende Realzins nicht so stark zurück wie der Nominalzins.

Mit den Zinssenkungen hat sich die monetäre Expansion belebt. Die besonders zinsempfindliche

² Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1981 (Mehrheitsvotum).

Geldmenge in der Abgrenzung von Bargeld und Sichteinlagen (M1), die bis Oktober letzten Jahres gesunken war, nimmt nun wieder zu, ebenso jene Geldmenge, die auch kurzfristige Termineinlagen und Spargelder umfaßt (M3), und auch die Zentralbankgeldmenge, die die Bundesbank als Richtmaß für ihre Politik gewählt hat. Sie weitete sich in den letzten Monaten etwa potentialgerecht aus.

Leistungsbilanz nahezu ausgeglichen

Die Leistungsbilanz, die im ersten Vierteljahr 1981 noch mit einem Defizit von rd. 10 Mrd. DM abgeschlossen hatte, war im Winterhalbjahr nahezu ausgeglichen; gegen Ende des Jahres wies sie wegen Sonderfaktoren vorübergehend sogar einen Überschuß auf.

Ausschlaggebend für den raschen Abbau des Defizits war die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen sowohl auf den Inlands- als auch auf den Auslandsmärkten, die sich aus der Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar sowie den im Vergleich zum Ausland niedrigeren Kosten- und Preissteigerungen in der Bundesrepublik ergeben hatte. Ferner minderten die wirtschaftliche Schwäche und das Bestreben, teure Energie zu sparen, den Bedarf an Einfuhrgütern.

D-Mark wertete sich wieder auf

Von August 1981 bis April 1982 wertete sich die D-Mark gegenüber den dreiundzwanzig wichtigsten Währungen im Durchschnitt um 6 1/2 vH auf, gegenüber den Partnerwährungen im Europäischen Währungssystem um 7 1/2 vH. Die Voraussetzungen hierfür wurden durch Änderungen der Leitkurse — zuerst im Oktober, danach im Februar — geschaffen. Gegenüber dem Dollar gewann die Mark zwar von August bis November letzten Jahres mehr als 10 vH an Wert, verlor davon seither aber wieder zwei Drittel.

Schwung der Ausfuhr ließ nach

Die Ausfuhr wird zwar weiter durch den Wettbewerbsvorteil der deutschen Unternehmen gefördert. Ihre Zunahme verlor indes in den letzten Monaten an Schwung. Dies nur zum geringen Teil, weil sich der Wettbewerbsvorsprung wegen der Änderungen der Leitkurse im Europäischen Währungssystem verringerte, zum größten Teil, weil sich die Nachfrage aus den USA, den Ländern der OPEC und auch aus den Staatshandelsländern ab-

schwächte: die aus den USA, weil sie durch die erneute Rezession gemindert, die aus den Ländern der OPEC, weil sie durch den Rückgang der Erlöse aus dem Öllexport gedämpft, die aus den Staatshandelsländern, weil sie wegen des Mangels an Devisen und der hohen Verschuldung gedrosselt wurde.

Gleichwohl erhöhte sich die Ausfuhr bis in die jüngste Zeit hinein rascher als der Welthandel, vor allem weil die Unternehmen den Wettbewerbsvorteil weniger dazu nutzten, die Preise zu erhöhen als vielmehr dazu, Marktanteile zu gewinnen; die Preise im Export stiegen jedenfalls nicht stärker als im — rückläufigen — Inlandsgeschäft.

Investitionen weiter gesunken

Bei den Ausrüstungen setzte sich der Rückgang fort. Dabei handelte es sich noch um die Nachwirkungen vorangegangener Belastungen. Zudem blieb die Unsicherheit über die Haltung der Finanzpolitik im Widerstreit zwischen der Forderung, die Neuverschuldung des Staates zu begrenzen, und der, die Beschäftigung mit neuen staatlichen Programmen zu stützen. Hinzu kam die Ungewißheit über den Ausgang der Lohnrunde.

Bei den Bauinvestitionen hat sich der Rückgang sogar verstärkt. Den Ausschlag dafür gab das Verhalten des Staates, der im Rahmen der Konsolidierung seiner Finanzen vor allem die Investitionen kürzte.

Unter dem Druck des Nachfrage- und Produktionsrückgangs ließ der Preisauftrieb weiter nach. Im Durchschnitt waren die Bauinvestitionen zuletzt nur noch um 4 vH teurer als vor Jahresfrist, Anfang 1981 hatte die Steigerungsrate noch fast 7 vH betragen. Besonders ausgeprägt war die Abschwächung im Bereich des öffentlichen Baus; im Wirtschaftsbau kam sie dagegen zuletzt zum Stillstand.

Privater Verbrauch schwächte sich ab

Die Verbrauchsneigung der privaten Haushalte hat sich nicht erkennbar verändert. Der private Verbrauch ging dennoch zurück. Die Zunahme des verfügbaren Einkommens wurde durch den Rückgang der Beschäftigung und durch erhöhte Beiträge zur Sozialversicherung gedämpft. Dies wurde durch die deutliche Abschwächung der Verteuerung der Lebenshaltung nicht aufgewogen.

Rückgang der Einfuhr beendet

Die Einfuhr von Waren ist zwar zu Beginn dieses Jahres erstmals seit längerem deutlich gestiegen. Dies ist jedoch vor allem als ausgleichende Gegen-

bewegung auf den starken Rückgang gegen Ende des Jahres zu werten. Zumindest gilt dies für die Bezüge von Fertigwaren. Die Nachfrage nach ihnen steht noch unter dem Einfluß der Schwäche von Investitionen und privatem Verbrauch. Außerdem sind die Anbieter aus dem Inland bei diesen Erzeugnissen nach wie vor sehr wettbewerbsfähig. Der Anstieg der Einfuhr von Vorprodukten dagegen scheint nicht nur vorübergehend zu sein, sondern den Beginn einer anhaltenden Aufwärtsbewegung darzustellen; die Lagerbestände sind jedenfalls auf ein recht niedriges Niveau gesunken.

Beschleunigte Abnahme der Beschäftigung

Alles in allem reichte die Nachfrage nicht aus, die gesamtwirtschaftliche Produktion zu steigern. Die Produktionskapazitäten wuchsen indessen weiter, wenn auch nur langsam, und ihre Auslastung fiel deshalb abermals zurück. Da die Unternehmer offenbar nicht mit einer raschen Erholung der Wirtschaft rechneten, verringerten sie die Belegschaft verstärkt. Betroffen davon wurden nun auch vermehrt Facharbeiter; dies ist zum Teil ein Zeichen dafür, daß die Unternehmer immer weniger in der Lage sind, Arbeitskräfte durchzuhalten, zum Teil aber wohl auch die Folge davon, daß die Zahl von Unternehmenszusammenbrüchen und Betriebsschließungen steigt. Vom Herbst bis zum Frühjahr nahm, Saisoneinflüsse ausgeschaltet, die Zahl der Erwerbstätigen um 200 000 ab und war damit um 350 000 oder 1,5 vH niedriger als vor einem Jahr.

Da nach wie vor mehr Arbeitskräfte ins Erwerbsleben drängen als aus ihm ausscheiden — im vergangenen Jahr waren es fast 200 000 mehr —, erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen wiederum stärker, als die der Beschäftigten sank. Ende März waren, Saisoneinflüsse ausgeschaltet, 1,7 Mill. Personen als arbeitslos gemeldet. Vor einem Jahr war die Zahl der Arbeitslosen um 550 000 niedriger.

Nachlassen des Preisauftriebs

Der Preisauftrieb läßt seit dem Herbst deutlich nach, hauptsächlich, weil die Preise für Vorprodukte auf den Weltmärkten sanken und die Verteuerungen von ausländischen Erzeugnissen, die mit dem Kursverlust der D-Mark einhergegangen waren, nun von einer Verbilligung abgelöst wurden. Soweit die Preise von inländischen Einflüssen bestimmt werden, gab es dagegen, abgesehen von der Entwicklung auf dem Baumarkt, keine nennenswerte Verringerung des Auftriebs. Für die Stahlpreise verordnete die Kommission der Europäischen Gemeinschaft drastische Anhebungen.

Der Preisindex für die Lebenshaltung stieg vom Herbst bis zum Frühjahr zwar nur noch mit einer Jahresrate von 3 vH, und der Abstand im Vorjahresvergleich verringerte sich dabei von reichlich 6 1/2 vH auf etwa 5 vH. Darin schlägt sich aber vor allem die Entwicklung der Preise für Energie nieder; die Verbilligung von Heizöl und Kraftstoffen hatte dabei weit höheres Gewicht als die — nachholenden — Verteuerungen von Gas und Strom. Rechnet man diese Einflüsse heraus, dann ist die Abschwächung weniger ausgeprägt, als es die Entwicklung der Verbraucherpreise insgesamt anzeigt.

Ausblick

Die Voraussetzungen für eine Belebung der Wirtschaft haben sich seit dem Herbst vorigen Jahres verbessert: Das Leistungsbilanzdefizit nahm erheblich ab, und dies führte zu Aufwertungserwartungen für die D-Mark. Da gleichzeitig die Zinsen in den USA tendenziell zurückgingen und der Preisauftrieb in der Bundesrepublik schwächer wurde, sah sich die Bundesbank in der Lage, ihre Restriktionen zu lockern. Die abermals niedrigeren Tarifabschlüsse sowie der Anstieg der Terms of Trade lassen eine Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen zu und schaffen somit eine wichtige Voraussetzung zur Belebung der Investitionsneigung. Dagegen weist die Auslandskonjunktur bisher kaum Anzeichen einer baldigen Erholung auf, und das Hin und Her um ein Beschäftigungsprogramm trug zu erneuter Verunsicherung der Investoren bei.

Die wirtschaftliche Entwicklung im weiteren Verlauf des Jahres 1982 ist bereits in erheblichem Maße vorgeprägt. Gleichwohl verlangt die Prognose Annahmen im Hinblick auf so wichtige Rahmenbedingungen wie die außenwirtschaftlichen Einflüsse, die künftige Geld- und Finanzpolitik sowie den Ausgang der noch laufenden Tariflohnverhandlungen.

Die Institute gründen ihre Prognose auf folgende Setzungen:

- In den Industrieländern wird sich, wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargestellt, die gesamtwirtschaftliche Produktion im weiteren Jahresverlauf nur allmählich beleben.
- Die Deutsche Bundesbank hält die Zentralbankgeldmenge in der oberen Hälfte des Zielkorridors.
- Die „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität“ nimmt, soweit es die Maßnahmen zur Stimulierung der Wirtschaft betrifft, die parlamentarischen Hürden. An die Stelle einer Erhöhung der Mehrwertsteuersätze zur Jahresmitte 1983 tritt jedoch eine Kombina-

tion von Ausgabenkürzungen und höherer Neuverschuldung.

- Die noch ausstehenden Abschlüsse der Lohnrunde 1982 unterscheiden sich nicht nennenswert von den bisher getroffenen Vereinbarungen.

Auf der Grundlage dieser Rahmenbedingungen erwarten die Institute in Berlin, Essen, Hamburg und München, daß die Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion nicht mehr lange anhält; im zweiten Halbjahr dürfte es vielmehr einen leichten Anstieg geben. Das Institut in Kiel hält, abweichend hiervon, für die nächste Zeit einen Rückgang für wahrscheinlich und rechnet mit einer Besserung der Konjunktur erst gegen Jahresende³.

Für einen ausgeprägteren Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist die Phase der Verbesserung der Rahmenbedingungen noch zu kurz. Hinzu kommt, daß die Finanzpolitik ihrer Aufgabe, zur Verstetigung der wirtschaftlichen Entwicklung beizutragen und die Bedingungen zur Überwindung der Wachstums- und Beschäftigungsschwäche zu verbessern, nicht gerecht wird. Als Folge des überaus stark gestiegenen Haushaltsdefizits konzentrierte sie sich einseitig auf seine rasche Verminderung. Dabei wurden vor allem Investitionsausgaben gekürzt, weil es an Entschlossenheit fehlte, jene Ausgaben zu korrigieren, bei denen dies ohne Schwächung der Wachstumskräfte am ehesten hätte geschehen können. Außerdem wurden Verbrauchsteuern erhöht. Somit trafen prozyklische Nachfrageeffekte der Finanzpolitik zusammen mit vertrauens- und wachstumsschädlichen Umstrukturierungen der öffentlichen Ausgaben. Diese Einflüsse werden auch mit der „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität“ nicht ausgeglichen. Vielmehr hat das lange Hin und Her um das Ob und Wie eines Beschäftigungsprogramms zu einer Stimmungverschlechterung in der Wirtschaft geführt. Alles in allem ist der Einfluß der Finanzpolitik auf die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1982 eher negativ einzuschätzen.

Tendenzwende bei den Lagerinvestitionen

Die Erwartung einer Produktionsbelegung im zweiten Halbjahr stützt sich vor allem auf die Lockerung der Geldpolitik, die abermals niedrigeren Lohnabschlüsse sowie die allmähliche Belegung der Nachfrage in den Industrieländern, aber auch auf die Entwicklung zyklischer Faktoren. So spricht nach dem starken Vorratsabbau in der zweiten Hälfte des vergangenen und in den ersten Monaten des laufenden Jahres vieles dafür, daß der Lagerabbau nun ausläuft. Schon eine Verringerung des Lagerabbaus wirkt produktionssteigernd, weil ein

größerer Teil der Nachfrage aus der laufenden Produktion gedeckt wird.

Wiederanstieg der Ausrüstungsinvestitionen

Der Rückgang der Investitionsneigung hat sich im Winterhalbjahr abgeschwächt. Günstigere Ertrags-erwartungen, vor allem aufgrund des deutlich schwächeren Anstiegs der Lohnstückkosten sowie der durch die Stabilisierung der Einfuhrpreise bewirkten Korrektur der Terms of Trade, und das Sinken der Zinsen werden die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern wieder steigen lassen. Allerdings haben sich die Rahmenbedingungen noch nicht so weit verbessert, daß mit einem starken Anstieg der Investitionsneigung gerechnet werden könnte. Und dies, obwohl der Zwang groß ist, mehr zu investieren. Schon zur Sicherung der längerfristigen Wettbewerbsfähigkeit müssen die Unternehmen neue Produkte und neue Produktionsverfahren einführen. Trotz der gesunkenen Preise für Mineralölprodukte besteht nach wie vor Veranlassung, die Investitionen zur Ölsubstitution und zur Energieeinsparung voranzutreiben.

Ungeachtet der Kritik aus der Wirtschaft an der Investitionszulage kann man damit rechnen, daß diese – vor allem gegen Jahresende – zu vermehrten Bestellungen und wohl auch zu einer Erhöhung der Investitionstätigkeit führt. Allerdings wird die Abwicklung der davon induzierten Aufträge vorwiegend in das Jahr 1983 fallen.

Im Jahresdurchschnitt 1982 werden die realen Ausrüstungsinvestitionen niedriger sein als im Vorjahr. Der Rückgang dürfte mit 3 vH ähnlich stark sein wie 1981.

Weiterer Rückgang der Bauinvestitionen

Die Verringerung der Baunachfrage setzte sich bis zuletzt fort. Die Nachfrage ist, gemessen an den Auftragseingängen, seit der Jahreswende 1979/80 insgesamt um nicht weniger als ein Drittel geschrumpft und damit spürbar stärker als jene nach Ausrüstungsgütern. Der Rückgang ist noch größer als der in der Rezession von 1974/75.

Eine Reihe von Faktoren spricht indes dafür, daß der Tiefpunkt der Nachfrage im Wohnungsbau und im gewerblichen Bau nun erreicht ist. Die deutliche Zunahme der erteilten Baugenehmigungen nach der Jahreswende kann als Indiz für einen Wiederanstieg auch des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe gewertet werden. Ein solcher Anstieg ist sowohl in einer großen Zahl finanzpolitischer Einzelmaßnahmen wie Abschreibungserleichterungen, Zuschüsse und

³ Vgl. hierzu die Einschätzung des Instituts für Weltwirtschaft am Ende des Ausblicks.

Sonderprogramme, als auch im Sinken des Zinsniveaus und der Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen angelegt.

Anders als für die Nachfrage im Wohnungsbau und im Wirtschaftsbau ist für den öffentlichen Bau in diesem Jahr mit keiner nennenswerten Belegung zu rechnen. Zu einem erheblichen Teil ist dies auf die Finanzklemme der Gemeinden zurückzuführen. Die Zuweisungen der Länder an die Gemeinden sollen beträchtlich gekürzt werden. Da ihre Steuereinnahmen nur schwach steigen und ein Großteil der Ausgaben festgelegt ist, werden die Kommunen ihre Investitionsausgaben vermutlich drastisch einschränken. Auch bei Bund und Ländern ist mit einem — allerdings weniger starken — Investitionsrückgang zu rechnen.

Die für den Wohnungsbau und den Wirtschaftsbau erwartete Nachfragebelegung wird sich erfahrungsgemäß erst mit Verzögerung in der Investitionstätigkeit niederschlagen; deshalb werden die Bauinvestitionen insgesamt voraussichtlich das ganze Jahr über zurückgehen. Im Jahresdurchschnitt wird die Abnahme etwa doppelt so stark ausfallen wie im vergangenen Jahr, als sie 3 1/2 vH betrug.

Nur zögernde Belegung des privaten Verbrauchs

Der private Verbrauch wird sich im Laufe des Jahres wieder etwas günstiger entwickeln als 1981. Hierzu wird einmal beitragen, daß sich der Preisauftrieb weiter abschwächt und damit die Realeinkommen der privaten Haushalte gestützt werden. Zum anderen kann mit einem Rückgang der Sparquote gerechnet werden; dafür spricht das Sinken der Zinsen und — im Zusammenhang damit — die wachsende Neigung, zurückgestellte Käufe nachzuholen. Der Verbrauch wird jedoch nur sehr zögernd zunehmen; im Jahresdurchschnitt wird er etwas niedriger sein als im vorigen Jahr.

Ausfuhr steigt erheblich langsamer als im Vorjahr

Die aus der realen Abwertung der D-Mark in den zurückliegenden zwei Jahren stammenden Impulse werden ebenso wie der Nachfragesog der Ölexportländer im Jahresverlauf deutlich nachlassen, so daß sich die Zunahme der Warenausfuhr fühlbar abschwächen wird.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter bleibt groß. Die Verbesserung ihrer Position gegenüber Konkurrenten aus dem Dollarraum war so stark, daß eine Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar, die dies in absehbarer Zeit wieder rückgängig machen würde, unwahrscheinlich ist. Im Verhältnis zu den westeuropäischen Ländern

wird sich die Wettbewerbsposition — wenn überhaupt — nicht nennenswert verschlechtern. Die deutliche Verbesserung der deutschen Leistungsbilanz und die Preisdisparitäten gegenüber den meisten europäischen Ländern werden zwar zu einer Höherbewertung der D-Mark führen. Diese wird nach aller Erfahrung aber eher schwächer ausfallen, als es dem Inflationsgefälle entspräche.

Angesichts der noch schwachen Inlandsnachfrage spricht viel dafür, daß deutsche Exporteure weiterhin die Preiserhöhungsspielräume nicht zur Verbesserung der Gewinnspannen nutzen, sondern durch Preiszurückhaltung auf den Weltmärkten Marktanteile zu vergrößern suchen.

Die Zunahme der Einfuhren der Ölexportländer dürfte sich unter dem Einfluß rückläufiger Ölpreise und beträchtlich gesunkener Absatzmengen in den kommenden Monaten weiter abschwächen; auch ein Rückgang ist nicht auszuschließen. Der deutschen Wirtschaft kommt aber ihre günstige preisliche Wettbewerbsposition zugute, ebenso ihre den Wünschen dieser Länder nahekommende Angebotspalette. Deshalb werden die deutschen Ausfuhr in diese Länder wohl weiter steigen, allerdings deutlich weniger als im vergangenen Jahr.

Die übrigen Entwicklungsländer dürften ihre Einfuhr wegen der angespannten Zahlungsbilanzlage kaum ausweiten. Die Importe der Staatshandelsländer werden wegen der dort insgesamt ungünstigen wirtschaftlichen Lage und der anhaltenden politischen Spannungen gedrückt bleiben.

Diesen die Ausfuhr dämpfenden Kräften steht aber gegenüber, daß sich Nachfrage und Produktion in den Industrieländern, die den weitaus größten Teil der westdeutschen Ausfuhr aufnehmen, allmählich wieder etwas beleben werden. Daher werden die Gesamtausfuhr nach einer Phase relativer Schwäche im späteren Jahresverlauf wieder stärker zunehmen. Die Ausfuhr stützt so auch 1982 die Konjunktur, allerdings bei weitem nicht mehr so stark wie im Vorjahr. Dies kommt in der Verringerung der jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten der realen Warenausfuhr von 8 1/2 vH auf 7 vH kaum zum Ausdruck.

Erstmals wieder Leistungsbilanzüberschuß

Die Wareneinfuhr dürfte angesichts etwa stagnierender realer Gesamtnachfrage und der verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zunächst kaum zunehmen. Erst mit der Belegung von Nachfrage und Produktion in der zweiten Jahreshälfte werden die Importe wieder steigen. Dabei werden wegen der Aufstockung der Lager die Einfuhren von Vorprodukten verhältnismäßig kräftig erhöht werden.

Der reale Außenbeitrag wird sich im Jahresverlauf weiter vergrößern, wenn auch langsamer als bisher. Bei verbesserten Terms of Trade wird sich der nominale Außenbeitrag noch stärker erhöhen. Die Leistungsbilanz wird in diesem Jahr erstmals seit 1978 wieder mit einem Überschuß abschließen; er wird schätzungsweise 5 Mrd. DM betragen. Diese Prognose hat wegen der großen Bruttoströme, die hinter dem Saldo stehen, naturgemäß eine beträchtliche Fehlermarge.

Arbeitslosigkeit steigt weiter

Bei dem erwarteten Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird das reale Sozialprodukt in der zweiten Jahreshälfte wohl nur um etwa ein Prozent größer sein als ein Jahr zuvor. Im Jahresdurchschnitt bleibt die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate mit etwa einem halben Prozent recht gering.

Die Erholung der Produktion kommt zu spät und ist zu schwach, als daß sie noch in diesem Jahr den Anstieg der Arbeitslosigkeit spürbar eindämmen könnte. Die Zahl der Betriebsschließungen und Unternehmenszusammenbrüche wird hoch bleiben und das Bemühen vieler Unternehmer weiter darauf gerichtet sein, die Erträge durch Personalabbau zu verbessern. Der Rückgang der Beschäftigung wird sich daher zunächst nur wenig vermindern. Gegen Jahresende dürfte er jedoch zum Stillstand kommen. Die Zahl der abhängig Beschäftigten wird dann um 250 000, die der gesamten Erwerbstätigen um über 300 000 niedriger sein als zu Jahresbeginn.

Da das Erwerbspersonenpotential weiter — um schätzungsweise 200 000 Personen — zunimmt, wird der Anstieg der Arbeitslosigkeit das ganze Jahr über anhalten. Am Jahresende dürfte die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt nahezu 2 Mill. betragen; sie wäre damit trotz sinkender Erwerbsbeteiligung um 350 000 höher als zu Jahresbeginn. Im Durchschnitt des Jahres 1982 wird es 1,8 Mill. Arbeitslose geben; die Arbeitslosenquote wird 7,5 vH betragen, nach 5,4 vH im vorigen Jahr.

Staatsdefizit höher als geplant

Die schwache wirtschaftliche Entwicklung führt beim Staat zu Mehrausgaben und Mindereinnahmen. Daher wird es nicht gelingen, das Staatsdefizit — wie beabsichtigt — deutlich zu verringern. Bei den Ausgaben fällt besonders ein höherer Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit ins Gewicht. Da die Zahl der Arbeitslosen um 200 000 größer sein wird als von der Bundesregierung ursprünglich angenommen, und auch andere Ausgabenansätze überschritten werden, benötigt die Bundesanstalt etwa 4 Mrd. DM zusätzlich.

Der Zuwachs der Steuereinnahmen bleibt unter dem des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen, obwohl es in diesem Jahr insgesamt keine Senkungen bei den direkten Steuern gibt und Erhöhungen bei den Verbrauchsteuern in Kraft treten. Dies hängt sowohl mit dem schwachen Aufkommen an gewinnabhängigen Steuern als auch damit zusammen, daß die der Mehrwertsteuer unterliegenden Umsätze deutlich schwächer als das Sozialprodukt steigen, so daß auch die Steuern vom Umsatz nur wenig Mehreinnahmen erbringen. Trotz einer deutlichen Erhöhung der Gewinnablieferung der Bundesbank wird sich das Defizit der Gebietskörperschaften nur um etwa 8 Mrd. DM auf 66 Mrd. DM verringern. Damit liegt es um rd. 10 Mrd. DM höher als vom Finanzplanungsrat empfohlen.

Teilweise geht die Verringerung des Defizits der Gebietskörperschaften überdies zu Lasten der Sozialversicherung. Diese wird nach einem Überschuß von 4 Mrd. DM im vergangenen Jahr nun ein Defizit von 1 Mrd. DM aufweisen, weil der Bund seine Zuschußverpflichtungen eingeschränkt hat, die Beitragseinnahmen trotz Erhöhung der Beitragssätze um insgesamt einen halben Prozentpunkt wegen der rückläufigen Beschäftigung langsamer steigen und die Renten verstärkt erhöht werden. Insgesamt geht das Defizit des Staates nur um knapp 3 Mrd. DM zurück.

Preisaufrieb schwächt sich weiter ab

Sowohl die Entwicklung der Kosten als auch die der Nachfrage deutet auf ein Anhalten der Preisstabilisierung hin: Die Einfuhrpreise werden voraussichtlich weitgehend stabil bleiben, zumal mit einer Aufwertungstendenz der D-Mark zu rechnen ist; für den Anstieg der Lohnstückkosten zeichnet sich aufgrund der neuen Lohnabschlüsse sowie einer günstigeren Produktivitätsentwicklung eine Halbierung der Rate auf 2 1/2 vH im Jahresdurchschnitt ab.

In den einzelnen Verwendungsbereichen wird die Preisstabilisierung unterschiedlich stark sein. Von den Versuchen der Produzenten, die stark erhöhten Stahlpreise weiterzuwälzen, werden vor allem die Ausrüstungs- und die Bauinvestitionen betroffen sein. Auf der Verbraucherstufe wird die Grundtendenz der Preisberuhigung außerdem durch die Anhebung indirekter Steuern, der Postgebühren sowie der Preise von Strom, Gas und Wasser, zeitweilig verdeckt werden. Für den Jahresdurchschnitt ist dennoch eine spürbare Verminderung der Preissteigerungsrate auf 4 1/2 vH, nach fast 6 vH im Jahre 1981, zu erwarten; gegen Jahresende wird sie im Vorjahresvergleich weniger als 4 vH betragen.

* * *

Das Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel, beurteilt die gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ähnlich wie die übrigen Institute.

**Eckdaten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
im Jahre 1982**

(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH)

Vorausschätzung des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel

Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1970	1982
Privater Verbrauch	- 1,0
Ausrüstungsinvestitionen	- 6,0
Bauinvestitionen	- 6,5
Lagerinvestitionen (Mrd. DM)	0
Export	5,5
Import	2,5
Bruttosozialprodukt	- 0,5

Es rechnet jedoch damit, daß die Wirkungen der bisher betriebenen Restriktionspolitik länger anhalten, so daß die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1982 ungünstiger verläuft. Anders als die übrigen Institute erwartet das IfW nicht, daß von sinkenden Zinsen, verbesserten Terms of Trade und niedrigeren Inflationsraten schon 1982 nennenswerte anregende Effekte auf die Nachfrage ausgehen. Die Inflationsberuhigung führt zwar zu einer günstigeren Realeinkommensentwicklung, und sinkende Rohstoffpreise vermindern den Kostendruck. Dem stehen jedoch dämpfende Effekte gegenüber. So wird bei abnehmenden Inflationserwartungen das Hinausschieben von Käufen lohnend, insbesondere weil der Staat durch seine starke Kreditnachfrage für eine relativ hohe Rendite auf Geldvermögen sorgt. Unter diesen Umständen rechnet das IfW nicht damit, daß die privaten Haushalte ihre Sparquote schon bald reduzieren. Auch die fortgesetzte Verschlechterung der Arbeitsmarktlage und die daraus resultierende Einkommensunsicherheit sprechen dafür, daß sich die Haushalte noch für geraume Zeit mit ihren Ausgaben zurückhalten. Das IfW erwartet daher für 1982 eine etwas stärkere Abnahme des realen privaten Verbrauchs.

Die Investitionsneigung der Unternehmen hat sich weiter abgeschwächt. Solange weiter sinkende Inflationsraten und Zinsen erwartet werden, dürften die Unternehmen die Verwirklichung ihrer Investitionsvorhaben eher hinausschieben. Überdies sind die Gewinne noch immer stark gedrückt — der Anteil der Unternehmenserträge im engeren Sinn (ohne Vermögenserträge der privaten Haushalte) am Volkseinkommen lag im zweiten Halbjahr 1981 niedriger als im Tiefpunkt der Rezession von 1974/75.

Bei der zunächst weiter abnehmenden wirtschaftlichen Aktivität werden auch die niedrigeren Lohnabschlüsse keine nennenswerte Verbesserung der Unternehmensgewinne bringen. Erst wenn die Rendite auf Geldkapital im Vergleich zu der auf Sachkapital wieder deutlich gesunken ist — u. a. weil die

Ertrags Erwartungen in der Wirtschaft gestiegen sind —, wird sich die Nachfrage nach Investitionsgütern spürbar verbessern. Damit ist bei der unterstellten potentialorientierten Geldpolitik vor allem wegen der zinsrobusten staatlichen Kreditnachfrage auf kurze Sicht kaum zu rechnen. Für 1982 prognostiziert das IfW daher noch keinen Lageraufbau und einen deutlich stärkeren Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen als die übrigen Institute.

Auch von der Auslandsnachfrage erwartet das IfW, insbesondere wegen der schwächer eingeschätzten Konjunktur in Westeuropa geringere Impulse als die Mehrheit. Hinzu kommt, daß das Risiko von Einbrüchen der Exporte in die ölproduzierenden Länder und in einige Entwicklungsländer sowie den Ostblock höher veranschlagt wird.

Insgesamt rechnet das IfW damit, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Halbjahr 1982 spürbar zurückgeht, und daß erst gegen Ende 1982 eine Erholung einsetzt. Das reale Sozialprodukt wird bei dieser Entwicklung 1982 nochmals leicht unter dem Vorjahrsniveau liegen. Dies führt zu niedrigeren Einnahmen und höheren Ausgaben der öffentlichen Haushalte; das staatliche Defizit dürfte 1982 rd. 75 Mrd. DM betragen. Soweit die Zunahme des Defizits konjunkturbedingt ist, entsteht daraus kein zusätzlicher Handlungsbedarf für die Finanzpolitik.

Wirtschaftspolitische Überlegungen⁴⁾

Die wirtschaftliche Entwicklung wird im Jahre 1982 durch Fortschritte bei der Stabilisierung des Kosten- und Preisniveaus und eine Verbesserung der Leistungsbilanz gekennzeichnet sein; die Produktion dürfte sich zwar beleben, aber zu wenig, um einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Außerdem ist keineswegs gesichert, daß damit eine nachhaltige Besserung beginnt, die die Bezeichnung „Aufschwung“ verdient und Hoffnungen auf einen deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit begründet. Vielmehr ist zu befürchten, daß die Wachstumsschwäche auch in den kommenden Jahren anhält und die Arbeitslosigkeit hoch bleibt. Wirtschafts- und Lohnpolitik stehen damit mehr denn je vor der Herausforderung, Bedingungen dafür zu schaffen, daß die Wachstumslethargie und der Defätismus gegenüber der Arbeitslosigkeit überwunden werden.

Die bisherigen Versuche, das Wachstums- und Beschäftigungsziel mit immer neuer Nachfragean- kurbelung zu erreichen, blieben nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen Ländern

⁴ Von diesen Überlegungen weicht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (DIW), in einigen Punkten ab. Vgl. die Ausführungen im Anschluß.

ohne dauerhaften Erfolg und trugen erheblich dazu bei, die öffentlichen Defizite zu vergrößern. Daher wird vielfach eine Umorientierung von der Nachfrage- zur Angebotspolitik angestrebt. Bei der Diskussion, welche wirtschaftspolitische Strategie den gegenwärtigen wirtschaftlichen Problemen angemessen ist — sie wird allzuoft mit emotionalem Engagement und allzu wenig mit ruhiger Sachlichkeit geführt —, entsteht häufig der Eindruck, die Wirtschaftspolitik stünde grundsätzlich vor der Wahl zwischen einer Nachfragepolitik und einer Angebotspolitik. Tatsächlich aber ändert wirtschaftspolitisches Eingreifen sowohl Angebots- als auch Nachfragebedingungen.

Soll die Wachstumsschwäche überwunden werden, kommt es entscheidend auf die Verbesserung der Angebotsbedingungen an. Dabei müssen jedoch die Nachfragewirkungen dieser Politik beachtet werden, um Störungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu vermeiden. Die Fehlversuche, Verstärkung mit antizyklischer Politik zu erreichen, sind Anlaß, eine strenge Trendorientierung zu fordern. Als außerordentlich großer Nachfrager ist der Staat hierbei in einer besonderen Verantwortung.

Angebotspolitik sollte die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung verbessern. Nach den vergeblichen Versuchen, dies gegen den Markt mit immer mehr Regulierungen, Subventionen und Transfers zu bewirken, sollte nunmehr auf größere Eigeninitiative, mehr Selbstverantwortung und private Innovationskraft hingewirkt werden. Der Staat sollte allerdings auch die für eine stärkere private Investitionstätigkeit notwendigen komplementären Investitionen bereitstellen.

Aus diesen Überlegungen leiten sich für Geld-, Finanz- und Lohnpolitik folgende Grundsätze ab:

- Die Geldpolitik sollte konsequent potentialorientiert betrieben werden.
- Die Lohnpolitik sollte durch Zurückhaltung dafür sorgen, daß sich die Einrichtung neuer Arbeitsplätze lohnt, um Voraussetzungen für den notwendigen Anstieg der Beschäftigung zu schaffen.
- Von der Finanzpolitik sollten keine Störungen auf die Nachfrageentwicklung ausgehen; eine Umgestaltung der Steuer- und Ausgabenstruktur sollte die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung verbessern.

Die Geldpolitik sollte den monetären Rahmen so setzen, daß Spielraum für angemessenes wirtschaftliches Wachstum besteht, gleichzeitig aber auch weitere Stabilisierungsfortschritte gesichert werden. Dieser Aufgabe wird am besten eine potentialorientierte Geldmengenpolitik gerecht, an der ungeachtet der Entwicklung von Außenwirtschaft, Staatsfinanzen, Preisen und Konjunktur fest-

gehalten wird. Ginge die Geldmengenexpansion längere Zeit über den Potentialpfad, der für dieses Jahr auf 5 1/2 bis 6 vH zu veranschlagen ist, hinaus, so würde die Produktion zwar kurzfristig angeregt, aber nur unter Inkaufnahme zunehmender Preissteigerungsspielräume. Blicke sie umgekehrt längere Zeit darunter, so würde zwar die Preisstabilisierung forciert, aber zu Lasten von Produktion und Beschäftigung. Überdies bestünde bei einem längeren Abweichen vom Potentialpfad die Gefahr, daß sich die Notenbank schließlich zu überzogenem Gegensteuern veranlaßt sieht.

Von der Außenwirtschaft sind in diesem Jahr kaum Einflüsse zu erwarten, die zu einer zu schwachen Geldmengenexpansion Veranlassung geben könnten. Eher ist zu befürchten, daß die Geldmengenexpansion bei zunehmender Aufwertungstendenz der D-Mark über den Potentialpfad hinauschießt, nämlich dann, wenn die Bundesbank wie früher einem Anstieg des Außenwerts der D-Mark durch liquiditätsanreichernde Devisenkäufe oder durch Maßnahmen, die die Zinsen drücken sollen, begegnete. Gegenüber den Währungen der meisten Partnerländer im Europäischen Währungssystem gibt es weiterhin Aufwertungsbedarf. Das zeigen die Auseinanderdriften der Währungen und die Häufung von Eingriffen in den Leistungs- und Kapitalverkehr. Dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum längerfristig zu sichern, ist wenig gedient, wenn sich einige Länder aus kurzfristigen Beschäftigungsmotiven, andere aus Furcht vor Inflationsimport Wechselkurskorrekturen widersetzen. Können sich die Mitgliedsländer nicht über notwendige Änderungen der Leitkurse einigen, sollte die Bundesbank die Interventionen am Devisenmarkt einstellen.

Die Lohnabschlüsse in diesem Jahr bedeuten einen Schritt in die richtige Richtung. Ihm müssen aber in den nächsten Jahren weitere folgen. Die hohe Arbeitslosigkeit und das weiterhin steigende Arbeitskräftepotential erfordern von der Lohnpolitik auch weiterhin eine ausgeprägte Zurückhaltung, damit die Gewinne der Unternehmen nachhaltig verbessert und arbeitsplatzschaffende Investitionen angeregt werden.

Freilich mag es jenen, die einen gesicherten Arbeitsplatz besitzen, schwer verständlich sein, warum es für sie lohnend sein soll, Lohnzurückhaltung zu üben. Aber auch in ihrem Interesse an einem künftig wieder kräftigeren Realeinkommensanstieg entspricht es am besten, wenn sie sich für die nächste Zeit mit knappen Lohnsteigerungen zufrieden geben, denn auf diese Weise verbessert sich über die steigende Investitionstätigkeit die Produktivität, und damit erhöht sich für die Zukunft auch das verteilbare Einkommen. Zudem werden

Investitionen nur dann nicht auf die Einsparung von Arbeitskräften gerichtet sein, wenn Arbeit im Verhältnis zu Kapital billiger wird.

Da das Risiko der Arbeitslosigkeit keineswegs alle Gruppen und alle Regionen gleichermaßen trifft, muß die Entlohnung den Unterschieden auf den einzelnen Märkten mehr als bisher entsprechen. Eine stärker regionalisierte und stärker berufs- und qualifikationsbezogene Lohnstruktur würde zu einem besseren Ausgleich am Arbeitsmarkt beitragen. Sie würde auch die regionale und berufliche Mobilität der Arbeitskräfte fördern, ohne die der notwendige Strukturwandel kaum zu bewältigen sein wird.

Die Finanzpolitik verletzt seit einiger Zeit den Grundsatz der Stetigkeit ebenso wie den der Verbesserung der Wachstumsbedingungen. Eine zum Teil nicht sachgerechte Ausrichtung der Finanzpolitik am Finanzierungsdefizit bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen trug dazu ebenso bei wie der erneute Aktionismus, der einsetzte, als die Zahl der Arbeitslosen in den Wintermonaten in die Nähe von 2 Mill. stieg.

Ließ die Operation '82 im wesentlichen noch das Prinzip erkennen, die Rahmenbedingungen für Investitionen dauerhaft zu verbessern und die Mittel dafür wenigstens zum Teil aus Einsparungen bei konsumtiven staatlichen Ausgaben zu gewinnen, so bedeutet die Gemeinschaftsinitiative einen Rückschritt: Einmal versucht man, die Investitionstätigkeit mit der kurz befristeten Investitionszulage anzuregen, obwohl die Investitionsschwäche mittelfristiger Natur ist, zum anderen aber will man sie — um das Ziel der Defizitbegrenzung zu beachten — über Steuererhöhungen finanzieren.

Eine Erhöhung der Steuer- und Abgabenbelastung erscheint nicht angebracht, weil damit die private Initiative, der Motor für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung, behindert oder aber in die Schattenwirtschaft abgedrängt wird. Diese Kritik gilt zwar besonders für die Erhöhung direkter Steuern und Abgaben; sie gilt aber auch für die Erhöhung von allgemeinen und speziellen Verbrauchsteuern. Einmal ist nicht sicher, daß indirekte Steuern tatsächlich überwältigt werden, zum anderen hängt der Anreiz zum Abwandern in die Schattenwirtschaft nicht entscheidend von der Art der Steuer ab.

Die Finanzierung der Investitionszulage über eine zusätzliche staatliche Kreditaufnahme wäre angebracht, wenn die Investitionsschwäche nur konjunktureller Natur wäre. Dies ist sie aber nur zum geringen Teil. Deshalb bestünde die Gefahr einer dauerhaften Erhöhung der Staatsschuld.

Ein ersatzloser Widerruf der Investitionszulage würde das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik nach-

haltig stören, zumal die Regierung mehrfach versichert hat, die Investitionszulage zu verwirklichen; er kommt also nicht als Lösung in Betracht. Besser als die befristete Investitionszulage wäre freilich eine dauerhafte Entlastung der Investoren.

Zur Finanzierung der Investitionsförderung sollten Kürzungen bei konsumtiven staatlichen Ausgaben, Übertragungen und Subventionen beschlossen werden. Damit wäre sichergestellt, daß die Investoren nicht befürchten müßten, die Investitionszulage später über Steuer Mehrbelastungen selbst zu finanzieren.

Ähnliche Überlegungen sind auch angebracht, wenn es um die Deckung der sich abzeichnenden staatlichen Mehrausgaben und Mindereinnahmen geht. Eine Finanzierung über eine zusätzliche Kreditaufnahme ist nur insoweit sachgerecht, als es sich dabei um „konjunkturbedingte“ Lücken handelt. Auf kurze Sicht ist freilich schwer zu beurteilen, was tatsächlich als konjunkturbedingt zu gelten hat. In der Rückschau erweisen sich Entwicklungen, die zunächst für zyklisch gehalten wurden, oftmals als dauerhaft. Ein wichtiges Beispiel dafür ist der Anstieg der Ausgaben für Arbeitslose im Verlauf der siebziger Jahre, der sich entgegen anfänglichen Vermutungen als nachhaltig erwies, weil die Arbeitslosigkeit nach den Phasen wirtschaftlicher Abschwächung nicht wieder auf das vorherige Niveau zurückging.

Eine wachstumsfördernde Finanzpolitik erfordert in der gegenwärtigen Situation auch die Beschneidung „wohlerworbener“ Ansprüche. Sie wird deshalb den Protest der betroffenen Gruppen nach sich ziehen. Mutet man ihnen heute keine Härten zu, so verschiebt und vergrößert man damit die Probleme und macht noch härtere Eingriffe in der Zukunft notwendig. Deshalb sollten die wirtschaftspolitisch Verantwortlichen nicht zögern, jene Einnahmen und Ausgaben zu korrigieren, bei denen in der Vergangenheit zu großzügig verfügt wurde. Zu solchen Regelungen zählen die bruttolohnbezogene Anpassung der Renten, die weit gefaßten Anspruchsgrundlagen für das Arbeitslosengeld, das Fehlen der Eigenverantwortlichkeit im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung, die Finanzierung von Umschulung und Ausbildung einschließlich der akademischen, die Subventionen im Agrar-, Stahl-, Kohle- und Werftbereich, aber auch Sondervergünstigungen im öffentlichen Dienst.

Wird die Lösung dieser Probleme zielstrebig in Angriff genommen, ist es von nachgeordneter Bedeutung, wie hoch das Haushaltsdefizit des Staates im Jahre 1982 ausfällt. Worauf es ankommt, ist, daß die Weichen für eine Verkleinerung der Defizite in der Zukunft gestellt werden und der Eindruck besei-

tigt wird, die Konsolidierung der Staatsfinanzen solle durch Mehrbelastung jener erreicht werden, die arbeiten und investieren sollen, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.

* * *

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, teilt die Auffassung der anderen Institute, daß die Finanzpolitik sowohl zu einer Verstärkung der Nachfrage als auch zu einer Verbesserung der mittelfristigen Wachstumsbedingungen beitragen muß. Die Praxis in den letzten beiden Jahren läßt allerdings die Ausgewogenheit in bezug auf diese beiden Aspekte vermissen.

Die Finanzpolitik hat unter dem Eindruck der hohen und aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche noch zunehmenden Defizite den Nachfrageaspekt vernachlässigt — zu Lasten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Im Bemühen, die Defizite zu begrenzen, wurden Ausgaben auch dort gekürzt, wo dies unmittelbar kontraktive Wirkungen hat, insbesondere die öffentlichen Investitionen. Man glaubte dies mit dem Hinweis auf die Erfolglosigkeit von Ankurbelungsmaßnahmen in der Vergangenheit rechtfertigen zu können. Dabei wurde übersehen, daß die unbefriedigenden Ergebnisse darauf zurückzuführen waren, daß die expansiven Wirkungen von Programmen häufig durch Kürzungen in den Kernhaushalten und durch ungünstige außenwirtschaftliche Einflüsse neutralisiert wurden, so daß es auch nicht zu den über die Stimulierung der Wirtschaft zu erhoffenden Mehreinnahmen kommen konnte. Im Endergebnis trägt die Finanzpolitik seit 1980 selbst dazu bei, die gesamtwirtschaftliche Schwächeperiode zu verlängern und damit die Probleme der Haushaltsfinanzierung zu verschärfen. Diese einseitige Ausrichtung droht sich fortzusetzen. Mit der Gemeinschaftsinitiative, insbesondere der vorgesehenen Investitionszulage, wird die Vernachlässigung der Nachfrageverstärkung auch für dieses Jahr nicht aufgewogen. Ihre Produktionswirkungen fallen schwerpunktmäßig ins nächste Jahr, während 1982 die Investitionen des Staates abermals kräftig zurückgehen.

Die Investitionszulage und ihre ursprünglich vorgesehene Finanzierung sind ein neues Beispiel dafür, wie man zu dem Urteil beitragen kann, Pro-

gramme, welcher Art auch immer, seien wirkungslos. Die Investitionszulage-Regelung ist zu kurzatmig, und eine Finanzierung aus Steuererhöhungen nimmt ihr die gesamtwirtschaftlichen Anregungswirkungen ganz oder zum großen Teil. Konsequenz wäre eine entsprechend höhere Kreditaufnahme des Staates.

Soll die Möglichkeit, sowohl die Aufgabe der Nachfrageverstärkung als auch die der Förderung des mittelfristigen Wachstums zu erfüllen, wiedergewonnen werden, ist mittelfristig eine deutliche Verminderung der öffentlichen Defizite erforderlich. Diese Konsolidierung wird aber wohl nicht allein durch Kürzungen der Ausgaben zu erreichen sein, obwohl es hier unstrittige Positionen gibt, deren Einschränkung nicht nur unbedenklich, sondern der Beschleunigung des Wachstums sogar förderlich wäre. Die Erhöhung von Steuersätzen, insbesondere bei den indirekten Steuern, die aufgrund ihrer Bemessung degressiv verlaufen, ist zur Erreichung des Ziels einer mittelfristigen Konsolidierung unumgänglich. Sie brauchte durchaus nicht leistungshemmend zu wirken. Die Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer wird heute vor allem durch die Beobachtung von Mißbräuchen und sogar der legalen Inanspruchnahme von öffentlichen Leistungen beeinträchtigt, die dem Grunde nach ungerechtfertigt, weil zu großzügig, geboten werden. Die Mehrheit der Institute hat auf einige dieser Bereiche hingewiesen.

Die diesjährige Lohnrunde bringt, wie die des vorigen Jahres, Tarifabschlüsse, die durchaus das Prädikat „zurückhaltend“ verdienen. Wären Geldpolitik und Finanzpolitik den an sie zu stellenden Ansprüchen gerecht geworden und täten sie es weiterhin, so käme es bei den Abschlüssen sicherlich zu einer stärkeren Verbesserung der Gewinnsituation und der Investitionsneigung. Wie weit die Erholung der Gewinne geht und wann das mittelfristig erforderliche Niveau der Ertragsmargen erreicht wird, ist offen. Die Notwendigkeit einer noch jahrelangen ausgeprägten Lohnzurückhaltung läßt sich jedoch heute noch nicht belegen. Die Möglichkeit, daß die Arbeitnehmer bei steigender Beschäftigtenzahl schon früher wieder voll am verteilbaren Produktivitätswachstum teilnehmen können, besteht nach Ansicht des DIW durchaus.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für das Jahr 1982

	1980 ¹⁾	1981 ¹⁾	1982 ²⁾	1981		1982	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ¹⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

1. Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	1,0	- 0,6	- 1,5	- 0,3	- 0,9	- 1,5	- 1,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	- 1,1	- 1,1	- 0,5	- 1,3	- 0,9	- 1	- 0,5
Arbeitstage ³⁾	0,1	- 0,1	0	- 0,5	0,3	0,5	0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich) Produktivität ⁴⁾	0	- 1,8	- 2	- 2,1	- 1,5	- 2	- 2
	1,9	1,8	2,5	1,2	2,3	2,5	3
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970	1,9	- 0	0,5	- 0,9	0,8	0,5	1

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	821,6	860,9	898,5	412,8	448,1	431	467,5
Staatsverbrauch	304,1	325,8	341,5	151,9	173,9	159,5	182,5
Anlageinvestitionen	350,4	353,8	346,5	163,6	190,3	159	188
Ausrüstungen	132,2	132,9	133,5	62,9	70,0	61,5	72
Bauten	218,2	220,9	213	100,6	120,3	97,5	116
Vorratsveränderung	+ 18,9	- 0,8	+ 5	+ 7,2	- 8,0	+ 4	+ 1
Außenbeitrag	- 3,1	+ 12,2	+ 39	- 1,3	+ 13,5	+ 17,5	+ 22
Ausfuhr	430,6	494,2	553	231,2	263,0	268	285
Einfuhr	433,7	482,0	513,5	232,5	249,5	251	263
Bruttosozialprodukt	1 491,9	1 551,9	1 631	734,2	817,7	770,5	860,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	7,2	4,8	4,5	4,6	4,9	4,5	4,5
Staatsverbrauch	9,2	7,1	5	8,5	5,9	5	5
Anlageinvestitionen	11,5	1,0	- 2	1,4	0,6	- 3	- 1,5
Ausrüstungen	6,8	0,6	0,5	2,7	- 1,2	- 2	3
Bauten	14,5	1,2	- 3,5	0,6	1,7	- 3,5	- 3,5
Ausfuhr	12,4	14,8	12	8,0	21,5	16	8,5
Einfuhr	17,3	11,1	6,5	8,9	13,3	8	5,5
Bruttosozialprodukt	6,7	4,0	5	3,2	4,8	5	5

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1970 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	498,6	493,2	491,5	240,9	252,4	239	253
Staatsverbrauch	156,8	160,1	161,5	79,0	81,1	79,5	82
Anlageinvestitionen	212,3	205,3	195	95,9	109,4	90	105
Ausrüstungen	91,1	88,2	85,5	42,1	46,2	39,5	46
Bauten	121,2	117,0	109,5	53,9	63,2	50,5	59,5
Vorratsveränderung	+ 12,1	- 0,5	+ 4,5	+ 4,4	- 4,9	+ 2,5	+ 2
Außenbeitrag	+ 16,9	+ 35,9	+ 47	+ 13,0	+ 22,9	+ 23,5	+ 23,5
Ausfuhr	273,7	298,1	317,5	141,8	156,3	156	161,5
Einfuhr	256,8	262,2	270,5	128,8	133,5	132,5	138
Bruttosozialprodukt	896,7	894,0	900	433,2	460,8	434,5	465,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	1,7	- 1,1	- 0,5	- 0,9	- 1,3	- 1	0
Staatsverbrauch	2,8	2,1	1	3,4	0,8	1	1
Anlageinvestitionen	3,6	- 3,3	- 5	- 3,2	- 3,4	- 6,5	- 4
Ausrüstungen	2,9	- 3,1	- 3	- 1,0	- 4,9	- 6	- 0,5
Bauten	4,1	- 3,4	- 6,5	- 4,8	- 2,3	- 6,5	- 6
Ausfuhr	5,9	8,9	6,5	3,2	14,7	10	3,5
Einfuhr	5,8	2,1	3	1,3	2,9	3	3,5
Bruttosozialprodukt	1,8	- 0,3	0,5	- 1,2	0,5	0,5	1

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1980 ¹⁾	1981 ¹⁾	1982 ²⁾	1981		1982	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ¹⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

4. Preisniveau der Verwendungssseite des Sozialprodukts (1970 = 100)
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	5,4	5,9	4,5	5,6	6,3	5,5	4
Staatsverbrauch	6,2	4,9	4	4,9	5,1	4	3,5
Anlageinvestitionen	7,6	4,4	3	4,7	4,2	3,5	2,5
Ausrüstungen	3,8	3,8	4	3,7	3,9	4	3,5
Bauten	10,0	4,8	3	5,6	4,1	3,6	2,5
Ausfuhr	6,2	5,4	5	4,7	5,8	5,5	5
Einfuhr	10,9	8,8	3,5	7,5	10,1	5	2
Bruttosozialprodukt	4,8	4,3	4,5	4,3	4,3	4,5	4

5. Einkommensentstehung und-verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	833,0	874,4	902	418,7	455,8	432	470
Bruttolohn- und -gehaltsumme	676,2	707,2	727	335,8	371,4	345	382
Nettolohn- und -gehaltsumme	472,9	492,4	501	236,7	255,7	241	259,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	316,8	314,0	343,5	138,0	176,0	151	192,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	256,3	258,1	286	109,5	148,6	122,5	163,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ²⁾	240,5	252,3	270	116,1	136,1	129	141
Nichtentnommene Gewinne	15,8	5,8	16	- 6,6	12,5	- 6,5	22,5
Volkseinkommen	1149,8	1188,4	1245,5	556,7	631,8	583	662,5
Abschreibungen	175,9	191,0	205	94,1	96,9	101,5	103,6
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	166,3	172,5	180,5	83,5	89,1	86	94,5
Bruttosozialprodukt	1491,9	1551,9	1631	734,2	817,7	770,5	860,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	8,3	5,0	3	5,2	4,8	3	3
Bruttolohn- und -gehaltsumme	8,1	4,6	3	4,8	4,4	3	3
Nettolohn- und -gehaltsumme	6,5	4,1	1,5	4,3	4,0	2	1,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	6,5	5,0	4,5	4,7	5,2	4,5	4,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	5,0	4,5	3	4,3	4,8	3,5	3
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	0,4	- 0,9	9,5	- 6,4	4,0	9,5	9,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	2,1	0,7	11	- 6,1	6,4	12	10
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ²⁾	8,6	4,9	7	4,6	5,1	11	3,5
Volkseinkommen	6,0	3,4	5	2,0	4,6	4,5	5
Abschreibungen	11,1	8,6	7,5	9,4	7,8	8	7
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	7,3	3,7	4,5	4,2	3,3	3	6
Bruttosozialprodukt	6,7	4,0	5	3,2	4,8	5	5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	472,9	492,4	501	236,7	255,7	241	259,5
Empfangene laufende Übertragungen	249,5	268,5	284,5	133,3	135,2	141,5	142,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	267,5	284,5	301,5	133,2	151,3	140,5	161
Abzüge: Zinsen auf Konsumentenschulden	13,3	14,9	15,5	7,3	7,6	7,5	8
Geleistete laufende Übertragungen ²⁾	28,7	31,5	32,5	14,5	17,0	15	17,5
Verfügbares Einkommen	948,0	999,0	1038,5	481,5	517,5	500,5	538
Privater Verbrauch	821,6	860,9	898,5	412,8	448,1	431	467,5
Ersparnis	126,4	138,1	140	68,7	69,4	69,5	70,5
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	13,3	13,8	13,5	14,3	13,4	14	13

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	6,5	4,1	1,5	4,3	4,0	2	1,5
Empfangene laufende Übertragungen	6,2	7,6	6	7,7	7,5	6,5	5,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	10,6	6,3	6	7,1	5,7	5,5	6,5
Verfügbares Einkommen	7,4	5,4	4	5,6	5,2	4	4
Privater Verbrauch	7,2	4,8	4,5	4,6	4,9	4,5	4,5
Ersparnis	8,6	9,2	1,5	11,7	6,9	1,5	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1980 ¹⁾	1981 ¹⁾	1982 ²⁾	1981		1982	
	Jahre			1. Hj.1)	2. Hj.2)	1. Hj.2)	2. Hj.2)

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷⁾
a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	377,7	383,2	400	181,0	202,2	186,5	213,5
Sozialbeiträge	230,6	247,4	259,5	121,8	125,6	128	131,5
Erwerbseinkünfte	14,9	18,1	27	9,6	8,6	18	9
Sonstige laufende Übertragungen	15,4	15,0	15,5	7,8	7,2	8	7,5
Empfangene Vermögensübertragungen	7,1	7,0	6,5	3,2	3,8	3	3,5
Einnahmen insgesamt	645,6	670,7	708,5	323,3	347,4	343,5	365
Ausgaben							
Staatsverbrauch	304,1	325,8	341,5	151,9	173,9	159,5	182,5
Zinsen	28,7	35,4	43	19,4	16,1	22	21
Laufende Übertragungen an	280,7	299,6	317,5	148,9	150,8	158,5	159
Private Haushalte	232,3	250,4	265	124,3	126,1	132,5	133
Unternehmen	27,3	26,0	26	12,2	13,8	12,5	14
Ausland	21,1	23,3	25,5	12,4	10,9	13,5	12
Geleistete Vermögensübertragungen	34,2	33,5	34	13,6	19,9	14	20
Nettoinvestitionen	49,1	46,2	40,5	20,3	25,9	17	23
Ausgaben insgesamt	696,8	740,6	775,5	354,0	386,6	370,5	405
Finanzierungssaldo	— 51,1	— 69,9	— 67	— 30,7	— 39,2	— 27	— 40

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	6,3	1,5	4,5	1,3	1,6	3	5,5
Sozialbeiträge	8,0	7,3	5	7,6	7,0	5	5
Erwerbseinkünfte	9,1	21,3	48	28,7	14,0	88,5	2,5
Sonstige laufende Übertragungen	0,3	— 2,6	5	6,5	— 10,8	4	6,5
Empfangene Vermögensübertragungen	18,0	— 1,3	3,5	10,0	— 9,1	0,5	— 7
Einnahmen insgesamt	6,9	3,9	5,5	4,5	3,3	6,5	5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	9,2	7,1	5	8,5	5,9	5	5
Zinsen	18,7	23,4	21	32,9	13,6	13,5	29,5
Laufende Übertragungen an	4,9	6,8	6	6,6	6,9	6,5	5,5
Private Haushalte	6,2	7,8	6	7,6	7,9	6,5	5,5
Unternehmen	— 3,1	— 4,9	0,5	— 8,0	— 2,0	0,5	0,5
Ausland	1,9	10,7	9,5	13,7	7,5	9	10
Geleistete Vermögensübertragungen	7,6	— 2,0	1	— 7,0	1,8	1	0,5
Nettoinvestitionen	15,0	— 6,9	— 12,5	— 5,6	— 6,1	— 15	— 11
Ausgaben insgesamt	8,1	6,3	5	7,2	5,5	4,5	5

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1982, S. 151 ff.) sowie eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität — Abweichungen in den Summen durch Rundung der Angaben in Mrd. DM bedingt. — 2) Vorausschätzungen der beteiligten Institute — Angaben gerundet. — 3) Veränderung der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — 4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigenstunde. — 5) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — 6) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 7) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 8 29 11 — Telefax (0 30) 8 29 12 00

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,
Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.